

Runder Tisch Brasilien 2017

Plenum 2: Gesellschaftliche Gewaltverhältnisse und Menschenrechte

Protokoll:

Podium:

Caroline Oliveira de Menezes (Pastoral Carcerária Nacional)

Analba Teixeira (SOS Corpo Recife)

Moderation:

Annette Mokler (terre des hommes schweiz)

Nach einer kurzen Vorstellung der Podiumsgäste durch Annette Mokler, berichtet zunächst Analba Teixeira über ihre Erfahrungen, die sie seit dem Putsch gemacht hat, sowie über ihre Einschätzungen der Situation und Perspektiven.

„Kein Recht weniger“ sei ein Motto, auf das in Brasilien seit dem Putsch immer wieder Bezug genommen werden. Man befinde sich im Kampf und werde nicht aufhören zu kämpfen, auch wenn heute der Eindruck bestehe, dass einem die Luft abgeschnitten werde. Analba ordnet den Putsch als einen patriarchalen und rassistischen ein, da die politischen Kräfte, die den Putsch veranlasst hätten, Kräfte seien, die gegen die Einhaltung und Durchsetzung bestehender Rechte vorgingen, gegen die Rechte der Arbeiter, Frauen, Schwarzen und anderer, und zwar unterstützt von den Medien, die frauenfeindliche Bilder und Argumente aufgegriffen und vermittelt hätten, um Dilma Rouseff zu beschädigen, ein Vorgehen, das natürlich die Rechte aller Frauen in Brasilien verletzt habe.

Hinter all dem stecke bekanntlich die als die drei „Bs“ bezeichnete Parlamentariergruppe (Boi, Bíblia e Bala). Die Gruppe könne bei ihrem Vorgehen allerdings auch auf Resonanz bei konservativen Einstellungen, Homophobie und Lesbophobie zählen, deren Zunahme und Verbreitung sich an einer unglaublich hohen und wachsenden Zahl entsprechend diskriminierender und gewaltförmiger Übergriffen zeige. Diejenigen, die diese Gewalt ausübten, könnten dies mittlerweile offensichtlich in dem Glauben tun, dass ihr Handeln öffentlich legitimiert sei. So werde in Brasilien alle 11 Minuten eine Frau vergewaltigt und aus den Opfern würden fast immer Täterinnen gemacht. Zahlen belegten zudem, dass schwarze Frauen noch mehr betroffen sind, da sie mehrfach diskriminiert würden, Rassismus und Sexismus eng zusammenhängen. Auch in Bezug auf Drogen seien Frauen sehr stark benachteiligt: Etwa würden Frauen anstatt ihrer Söhne ermordet.

Dennoch wäre ein Rückzug pervers, so Analba. Es gehe darum, die Fortschritte zu bewahren, wobei auch kleine Errungenschaften zählten. Die Bewegungen hätten in den Jahren der Regierung Lula und Dilma viel mit dem Staat über den Ausbau und die Stärkung verschiedener Rechte verhandelt, aber zugleich den Bezug zur Gesellschaft vernachlässigt. Strategisch müsste man nun wieder zurück an die Basis und vor Ort kämpfen, auf die Straßen gehen, die eigene Stimme erheben, nicht aufgeben und weiter gegen Rechtsmissachtung kämpfen, nicht zuletzt einen feministischen Kampf führen. So hätten seit 2015 immer wieder Demonstrationen stattgefunden, ein regelrechter „feministischer Frühling“. Zu nennen sei der „Marsch der Afrobrasilianerinnen“, der nach zwei Jahren Vorbereitungszeit 50.000 Menschen in Brasília auf die Straße gebracht habe. Die Umsetzung eines Vorschlages der Rechtskonservativen, nach dem Frauen, die nach einer Vergewaltigung nicht abtreiben, Kindergeld erhalten sollten, sei erfolgreich verhindert worden. „Der Widerstand, den wir täglich erleben, gibt uns Kraft“, so Analba.

Anschließend berichtet Caroline Oliveira de Menezes über die Arbeit der Gefängnispastorale und die Situation im brasilianischen Justizvollzug. Die Gefängnispastorale könne in ganz Brasilien auf etwa sechstausend Engagierten bauen, die in den Gefängnissen Betreuungsarbeit leisteten, davon die meiste ehrenamtlich.

Abgesehen von den bekannten punktuellen Gewaltausbrüchen (Revolten) herrsche in den brasilianischen Gefängnissen systematische Gewalt, deren Opfer vor allem auch Frauen seien. So seien im Dezember 2014 44.800 Frauen in brasilianischen Gefängnissen gesessen. In 17 Prozent der Haftanstalten würden Frauen und Männer gemischt untergebracht. Von den inhaftierten Frauen seien 68 Prozent schwarze Frauen, 58 Prozent Analphabetinnen und 86 Prozent Mütter. Die meisten seien wegen Drogendelikten eingesperrt, etwa nachdem sie als kleine Drogenkuriere verhaftet worden seien. Die Kinder dieser Frauen müssten infolge zum Teil im Gefängnis aufwachsen, mit vorstellbaren negativen Folgen für deren Sozialisation.

Letztlich habe das System das Ziel, diese Menschen schlicht wegzusperren (es gehe also nicht um Resozialisierung). Es herrschten schlechte hygienische Verhältnisse, Insektenbisse seien häufig, die medizinische Versorgung nicht ausreichend, Psychopharmaka würden zur Beruhigung oder Ruhigstellung missbraucht. Die einsitzenden Frauen würden hinter Gittern vereinsamen, da sich in der Regel die Familien von den Strafgefangenen abwenden und distanzieren würden. LGTB würden ihre Rechte vorenthalten; z.B. die Fortsetzung einer Geschlechtsumwandlung werde erheblich behindert.

Die Situation sei dramatisch, dennoch können man auch über kleine Erfolge berichten: So sei es lange üblich gewesen, dass Frauen in den Haftanstalten ihre Kinder in Handschellen zur Welt bringen mussten – das sei, soweit man wisse, heute aufgrund von öffentlichem Druck abgestellt worden.

In der anschließenden Diskussion werden aus dem Plenum von verschiedenen Personen folgende Einschätzungen, Positionen und Ergänzungen eingebracht:

Was aktuell geschehe, sei keine Reaktion auf das, was vorher gewesen sei, sondern es komme eine konservative Grundhaltung erneut zum Vorschein, die immer schon existiert habe. Entsprechend müsse darüber gesprochen werden, was wir tun könnten, um die mühevollen Errungenschaften der letzten 20 Jahre zu verteidigen, und welche Mittel zur Verfügung stünden, um mit diesem bestehenden Konservatismus umzugehen.

Es wird auf die Jugendbewegung der letzten Jahren in Brasilien hingewiesen, die nicht nur in den Universitäten unterwegs gewesen sei und weiterhin sei – etwa auch an Schulen.

Es wird außerdem darauf aufmerksam gemacht, dass Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich gegen die Aufweichung der Arbeitsgesetzgebung zu wehren versuchten, Gefahr liefen, verhaftet zu werden. Es sei notwendig, die unterschiedlichen Kräfte zu bündeln.

Caroline kommt nochmals auf die Frauenmorde zurück und beklagt, dass die Täter bestraft werden müssten, das entsprechende Gesetzesvorhaben aber immer wieder aufgeweicht und ausgebremselt werden würde. Analba hingegen plädiert in diesem Zusammenhang dafür, auf eine „restaurative Justiz“ zu setzen. Dies bedeute, präventive Bewusstseinsbildung zu betreiben, aber auch sowohl mit dem Aggressor wie mit dem Opfer zu sprechen, immer mit dem Ziel, eine Lösung zu finden. Die Täter ins Gefängnis zu werfen sei vielleicht nicht die Lösung. Man müsse vielmehr die patriarchalen Strukturen bearbeiten.

Es wird nochmals aus dem Plenum bestätigt, wie opportun es mittlerweile in Brasilien wieder sei, sexistische und rassistische Äußerungen öffentlich zu verlautbaren. Es wird die Frage gestellt, wo Grenzen zu ziehen seien, bis zu welcher roten Linie man mit denjenigen, die eine andere Haltung

oder Meinung hatten, noch spreche, und ab wann nicht mehr.

In Bezug auf Minas Gerais wird Gewalt gegen Frauen im Bergbau angesprochen. Die Bewegung werde kriminalisiert. Man müsse auch sehen, dass Brasilien mit der Verfassung von 1989 nicht einfach ein demokratisches Land geworden sei. Man müsse sich heute dafür einsetzen, dass „uns“ die errungenen Rechte nicht genommen werden, zugleich müssen aber auch die Zeit der sogenannten progressiven, linken Regierung ausgewertet werden, die einem Entwicklungsmodell gefolgt seien, das wir heute kritisieren müssten. Letzteres dürfe nun nicht ins Hintertreffen geraten.

In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass die meisten Frauen in den brasilianischen Haftanstalten Binnenmigrantinnen seien, also Teil eines Migrationsprozesses, der Folge des praktizierten Entwicklungsmodells sei.